



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier, Manfred Ländner, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Peter Tomaschko CSU**

Linksextremismus und linksextremistische Gewalt in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport über die aktuellen Erkenntnisse zum Linksextremismus, zu links-extrem motivierten Straftaten in Bayern sowie zur historisch-politischen Bildungsarbeit über die Phänomene kommunistische Diktaturen und Linksextremismus zu berichten.

Dabei soll insbesondere auch darauf eingegangen werden, wie sich die Zahl der linksextremistischen Straftaten insgesamt entwickelt, welche Rolle linksextremistische Propaganda im Internet und in sozialen Medien spielt, wie die Staatsregierung die Gefährlichkeit dieses Phänomenbereichs einschätzt, inwieweit sich linksextremistische Gewalt besonders gegen Polizeikräfte richtet, und welche Maßnahmen die Staatsregierung trifft, um linksextremistischer Radikalisierung vorzubeugen.

Begründung:

Innerhalb eines Jahres hat sich die Zahl der linksextremistischen Gewalttaten von 50 in 2014 auf 122 in 2015 mehr als verdoppelt. 86 der Gewalttaten richteten sich gegen Polizeibeamte. In einigen Fällen riskierten die Täter schwere Verletzungen, so z.B. im Januar 2015, als Linksextremisten am Hauptbahnhof aus ca. 4 Meter Höhe Holzpaletten auf Einsatzkräfte warfen. Linksextremisten rechtfertigen diese Übergriffe mit dem Begriff der „Anti-Repression“, womit schlicht die vollkommene Ablehnung der geltenden Staats-, Gesellschafts- und Rechtsordnung gemeint ist.

Wer unter dem Deckmantel des „Anti-Faschismus“ dem „politischen Gegner“ die Grund- und Menschenrechte abspricht und Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung anwendet oder legitimiert, ist ein Feind unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Der Zweck heiligt hier nicht die Mittel!